

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Redaktion und Verwaltung: Drag II., Neßlsanna 15 • Telefon: 26795, 31400 • (Kassierstation): 26797 • Postfach: 37544

11. Jahrgang.

Donnerstag, 12. November 1931

Nr. 263.

## Deutschland - Frankreich.

Ununterbrochenen Verhandlungen.

Paris, 11. November. Ministerpräsident Laval empfing heute vormittags den französischen Botschafter in Berlin Francois Boncet, der am Abend wieder die Rückreise nach Berlin antat.

Ueber die gegenwärtigen deutsch-französischen Verhandlungen schreibt „Excelsior“, es scheint, daß sich die deutsche These in einigen Punkten der französischen These genähert habe. Deutschland würde keine ernstlichen Einwendungen gegen die Einberufung des beratenden Komitees innerhalb der durch den Youngplan gezogenen Grenze erheben, fordere jedoch, daß sich dieser Beratungsausschuss auch mit der Liquidationsfrage der kurzfristigen eingefrorenen Kredite befaßt. Gegebenenfalls könnte die französische Regierung ins Auge fassen, daß parallel zu der Tagung des Young-Komitees eine neue Sachverständigenbesprechung für die Handelskredite einberufen würde, aber sie könne keine Vermengung der beiden Organisationen zulassen, die darauf abzielen würde, die Schlussfolgerungen des einen Komitees den Schlussfolgerungen des anderen unterzuordnen.

## Die Konventionen unzuverlässig.

London, 10. November. (Reuter.) Die vorläufige Rede, die Macdonald heute im Unterhaus hielt, hat bei den Konservativen geteilte Aufnahme gefunden. Zweihundert Konservative traten heute abend im Unterhaus zu einer Sitzung zusammen. In einer Ansprache betonte Baldwin die Unzuverlässigkeit der Loyalität gegenüber dem Einspieler der Partei. Die Anhänger des Schulzoll in der konservativen Partei verammelten sich in einem besonderen Raum, um die Rede des Premierministers zu besprechen. Sie scheinen mit Macdonalds Erklärungen über die Bekämpfung des Dumpings bei weitem nicht zufrieden zu sein und planen, einen Antrag einzubringen, in dem das Bedauern darüber ausgesprochen werden soll, daß in der Thronrede keine besonderen Maßnahmen zur Schaffung eines allgemeinen Zollschutzes angeführt worden sind.

## Schulzoll als einziges Rezept.

London, 11. November. Bei der Fortsetzung der Unterhausdebatte über die Thronrede ergriß heute Churchill das Wort zu einer Rede, die besonders durch ihre nachdrückliche Eintretens für Schulzölle bemerkenswert war. Zur Frage der Stabilisierung des Pfundes sagte Churchill unter Bezugnahme auf die unbestimmten Äußerungen Macdonalds in seiner Guildhall-Rede, er glaube nicht, daß die Regierung beschließen habe, das Pfund zu irgendeinem festen Wert oder irgendeinem festen Zeitpunkt zu stabilisieren. Für die Kolonie Englands und der Welt möchte Churchill die Zollmauern, die Anordnungen in Asien, die Spekulation, die Kriegsschulden und die Reparationen verantwortlich, vor allem aber die Tatsache, daß ein Drittel der gesamten Goldvorräte der Welt in den letzten zwei oder drei Jahren „sterilisiert“ worden seien. Er hoffe, daß die Regierung eine internationale Aktion unternehmen, Konferenzen einleiten und ihren ganzen Einfluß anwenden werde, um das Land, das Gold beschmiedet hat, zu veranlassen, es wieder als Weltstandard dienstbar zu machen.

Zur Schulzollfrage sagte Churchill unter dem Beifall der Konservativen, daß das gegenwärtige Parlament das Mandat besitze, jede Schulzollmaßnahme, die es für richtig halte, anzuwenden.

## Keine Zwangsüberföhrung für deutsche Werte.

Berlin, 11. November. Zu der gestern von der Reichsregierung ausgegebenen Erklärung, daß die Gerichte über eine beabsichtigte Zwangsüberföhrung für deutsche Werte unzuständig seien, erklärt das Comitee, daß bei der Reichsregierung gestern nachmittags wiederholt telephonisch aus New York angefragt worden ist, ob die Nachrichten über die beabsichtigte Zwangsüberföhrung zutreffen. Um der in New York entstandenen Verwirrung entgegenzutreten, hat die Reichsregierung sofort die Erklärung abgegeben, daß an diesen Gerichten kein wahres Wort sei.

## Japan sendet weitere Truppen und Schiffe.

Tokio, 11. November. Infolge der Verschärfung der Lage in der Mandchurei sind vier japanische Kreuzer von Auro nach Port Arthur entsandt worden.

Mit Zustimmung des Kaisers wurde ein Befehl erlassen, aus Hirofaki in Nordjapan eine gemischte Brigade von 500 Mann zu entsenden, die die gemischte Brigade aus Korea, die am 19. September in die Mandchurei gesandt wurde, ablösen soll.

## Rückberufung der Truppen undiskutabel.

Washington, 11. November. (Reuter.) Die japanische Regierung hat der Regierung der Vereinigten Staaten mitteilen lassen, daß sie ihre Truppen aus der Mandchurei nicht früher abberufen könne, solange das Leben und Gut der japanischen Bürger nicht sichergestellt und die chinesisch-japanischen Beziehungen im normalen Ausmaß nicht wiederhergestellt sind.

Die japanische Regierung werde auf die definitive Erledigung der zwischen China und Japan ungelösten dreihundert Fragen nicht bestehen, jedoch entschieden an ihrer Forderung festhalten, daß China alle mit Japan abgeschlossenen Verträge betreffend das beunruhigte Gebiet ein-

halte. Die japanischen Truppen hätten die Brücke über den Nonni-Fluß im festen Besitze, würden jedoch weder einen Vormarsch nach dem Norden unternehmen noch die chinesische Ostbahn bedrohen.

Die amerikanische Regierung hat nach längeren Kabinettbesprechungen beschlossen, in der mandchurischen Frage die bisherige Politik beizubehalten und sich auf eine Unterstüfung der Bemühungen des Völkerverbundes zu beschränken.

Staatssekretär Stimson beauftragte den Botschafter in London, General Dawes, sich während der Ratstagung nach Paris zu begeben, da durch die Verhandlungen des Völkerverbundes über die mandchurische Frage die Interessen und vielleicht auch die vertraglichen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten berührt würden.

## Befähigung durch ein Dementi.

Tokio, 11. November. (Reuter.) Die japanische Regierung bestreitet, irgendwelche Beziehungen zu der neuen am Donnerstag in Moskau konstituierten Regierung zu haben; trotzdem begrüßt sie das Bestreben nach Schaffung einer ehrenhaften und ertlichen Administration zum Zweck der Klärung der Situation.

## Ein neues Verbrechen des Fascismus.

Ein Arzt, der Matteottis Familie befreien will, verschwindet im Gefängnis.

Locarno, 11. November. (Eigener Bericht.) Wie aus Rom bekannt wird, ist die Witwe Matteottis mit ihren Kindern den schwersten Drangsalen seitens der Faschisten ausgesetzt. Jede Berührung mit der Welt, in der Matteotti lebte, ist ihr unmöglich gemacht. Sie und ihre Kinder leben unter strengster Polizeibewachung. Vor dem Haus, in dem sie wohnt, wird Tag und Nacht Wache gehalten. Wer sie besuchen will, wird auf die Wache geführt und muß Name, Abstammung, Aufenthaltsort, Grund des Besuches usw. angeben. Auch wer andere Leute in dem Haus sucht, wird von der Polizei angehalten. Den drei Kindern ist es verboten, die Schule zu besuchen, weil ihr bloßer Name staatsgefährlich ist. Erst in diesem Jahr hat man dem ältesten Knaben erlaubt, ins Gymnasium zu gehen. Ein Polizist begleitet ihn zur Schule, wartet während des Unterrichtes auf ihn und begleitet ihn dann wieder nach Hause. Dabei trägt der Knabe in der Schule nicht einmal den Namen Matteottis, sondern den Namen der Mutter. Er wird Francesco Litta genannt, als wäre er ein uneheliches Kind. Man zwingt diesen Knaben, die faschistische Hymne zu

singen und das Bild des Austrogerbers der Mörder römisch zu gräßen.

Rum hat ein Landsmann Matteottis, ein junger Arzt, der seit drei Jahren an ausländischen Kliniken arbeitete, im Frühjahr den Plan gefaßt, die Witwe seines ermordeten Freundes zu befreien. Er reist nach Rom, um die Frau und Kinder ins Ausland zu bringen. Ende Februar überfuhr er die italienische Grenze. Erst Ende März erfuhr man, daß er in Rom im Gefängnis ist und dem Ausnahmegericht überstellt werden soll. Welches Verbrechen er beschuldigt ist, weiß auch er nicht. Er darf auch mit keinem Verdächtigen sprechen. Vor das Ausnahmegericht kommt man nur wegen Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates. Dieses Verbrechen soll er begangen haben, weil er dem Verbrechen, das an der Witwe Matteottis begangen wurde, ein Ende bereiten wollte.

Man muß sich fragen, ob nicht das Ausland sich darum kümmern soll, wenn in Rom jemand auf die Anklagebank und ins Justizhaus geschafft werden soll, der im Auftrag der Menschlichkeit einem Verbrechen ein Ende setzen wollte.

## Der preußische Landtagspräsident Genosse Bartel gefeiert.

Berlin, 11. November. Der preußische Landtagspräsident Bartel ist soeben gestorben. Er stand im 61. Lebensjahr. Er war früher Maler, dann Gewerkschaftsangehöriger und sozialdemokratischer Parteibeamter. Seit 1912 gehörte er dem sozialdemokratischen Parteivorstand an. Von 1904 bis 1913 war er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Seit 1919 gehörte er als Vertreter des Wahlkreises Potsdam II der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung und dem Landtage an. 1925 wurde er zum erstenmale zum Präsidenten des preußischen Landtages gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu seinem Tode inne.

## Die ausländischen Arbeiter in Frankreich.

Interpellation in der Pariser Kammer.

Paris, 11. November. Unter den zahlreichsten im Parlamente eingebrachten Interpellationen befindet sich auch eine Interpellation und ein Resolutionsantrag, die die Beschränkung des Zutromes ausländischer Arbeiter nach Frankreich sowie die Inkräftsetzung des alten Arbeitsgesetzes aus dem Jahre 1889 fordern, wonach in sämtlichen französischen Unternehmen die Zahl der ausländischen Arbeiter 10 Prozent nicht übersteigen darf.

Der Unterstaatssekretär des Arbeitsministeriums erklärte, daß der Zutrom ausländischer Arbeiter in den letzten Wochen fast vollkommen zum Stillstand gekommen ist und zahlreiche streikende Arbeiter in ihre Heimatländer zurückgeschickt sind. In Zukunft wird nur jenen ausländischen Arbeitern die Arbeitsgenehmigung erteilt werden, welche durch heimische Kräfte nicht erteilt werden können. In sämtlichen Unternehmen wird das prozentuelle Verhältnis der ausländischen Arbeiterschaft zu der französischen geprüft werden, um den heimischen Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeit zu beschaffen.

## In Warschau drei Tote.

Warschau, 11. November. Im Warsauer Epital sind zwei weitere Opfer der gestrigen blutigen Schlägereien zwischen nationalsozialistischen und jüdischen Hochschülern gestorben. Es sind dies ein nationalsozialistischer Hochschüler und ein jüdischer Student der Medizin. Insgesamt forderren die gestrigen Schlägereien somit drei Tote und fünf schwerverletzte polnische sowie zahlreiche schwerverletzte jüdische Hochschüler.

## Ein Schredschuß.

Wien, 11. November. Wie der Oesterreichische Pressedienst meldet, hat die Staatsanwaltschaft Linz gegen den Heimwehrführer Starheimberger wegen Aufwiegelung und Unterstützung ungesetzlicher Handlungen das Strafverfahren eingeleitet.

## China und Japan

Der Krieg im Fernen Osten.

Wenn der Völkerverbund am 16. November in Paris zu einer außerordentlichen Session abermals zusammentritt, wird er keine Entspannung, sondern vielmehr eine weitere überaus kritische Zuspitzung des chinesisch-japanischen Konflikts um die Mandchurei registrieren müssen.

Der Ratsbeschluss vom Oktober, der Japan eine Räumung der neubesetzten Orte und Stützpunkte vorschrieb, ist nicht befolgt worden. Umgekehrt sind japanische Truppen weiter vorgezogen, japanische Flugzeuge haben wiederum Bombenangriffe ausgeführt und in anderen chinesischen Gebieten, wie in Tientsin, ist es neuerdings zu Schießereien zwischen chinesischen und japanischen Truppen gekommen. Wo die Chinesen können, setzen sie sich zur Wehr und an der strategisch wichtigen Nonni-Brücke haben sich regelrechte und blutige Schlachten mit wechselndem Erfolg abgespielt. Das alles schafft eine sehr ernste Lage, nicht nur für die unmittelbar beteiligten Staaten, sondern auch für alle indirekt im Fernen Osten besonders interessierten Regierungen und schließlich nicht zuletzt für den gesamten Völkerverbund.

Als derzeitiger Ratspräsident hat Briand beide Staaten, insbesondere Japan, ermahnt, die Beschlüsse des Rates zu befolgen, aber der bisherige Mißerfolg dieser Mahnung ist offenkundig. Die Regierung von Nanking beteuert immer wieder ihre Loyalität gegenüber dem Völkerverbund, hat aber anscheinend die Generale in den weitentfernten Gebieten der Mandchurei nicht mehr in der Hand. Sie leisten nicht nur militärischen Widerstand, sondern sind zum Gegenangriff dort übergegangen, wo ihnen der Erfolg zu winken scheint. Die Regierung von Tokio hingegen versucht, die Gültigkeit des Völkerverbundsbeschlusses überhaupt zu bestreiten und verschönt sich immer wieder hinter jenen Vorbehalt, dessen Anerkennung der Rat auf seiner letzten Tagung ausdrücklich abgelehnt hatte. Sie erklärt, daß China vorerst die „grundlegenden Prinzipien“ des Konflikts, also die „Rechte“ Japans in der Mandchurei, bestätigen müßte, bevor Japan mit China über eine etwaige Räumung der neubesetzten Ortshäfen überhaupt verhandelt. Im übrigen begnügt sich Japan damit, die Richtigkeit der neuen chinesischen Anklagen zu bestreiten, die Schuld an den blutigen Zusammenstößen auf die Chinesen abzuwälzen und vor allem mit dem Argument der chinesischen „Mäuerbanden“ zu operieren. Da aber Japan zu gleicher Zeit einen chinesischen Vorschlag einer Entsendung von neutralen Sachverständigen an Ort und Stelle immer wieder kategorisch ablehnt, ist man berechtigt, seinen Darstellungen der Vorgänge das stärkste Mißtrauen entgegenzusetzen.

Wird es nun der Pariser Ratstagung gelingen, den sich immer weiter ausbreitenden Konflikt beizulegen, der neuerdings um so bedenklichere Formen angenommen hat, als die Sowjetunion aus ihrer bisherigen Reserve hervortritt? Man muß den Mut haben, den Tatsachen, mögen sie noch so unangenehm sein, ins Gesicht zu sehen. Deshalb muß zugegeben werden, daß die Aussichten für den Völkerverbund, seinen Willen durchzusetzen und den Frieden im fernen Osten zu erzwingen, gegenwärtig nicht gut stehen. Japan hat vielmehr mit vollem Bewußtsein für sein imperialistisches Vorgehen in der Mandchurei den Augenblick gewählt, von dem es wußte, daß die Großmächte unfähig zu einer energischen Gegenaktion sein würden. Die Weltwirtschaftskrise nimmt die Regierungen in Europa und Amerika so stark in Anspruch, daß sie zur Zeit nicht in der Lage sind, so energisch zugunsten Chinas in der Mandchurei einzugreifen, wie sie es in anderen Zeiten zweifellos tun würden. In den Jahren 1920/21 hatte Japan nicht nur die

gesamte Mandchurei, sondern darüber hinaus den östlichen Teil Sibiriens militärisch besetzt. Damals mußte es unter dem stärksten Druck der Vereinigten Staaten und Englands diese Gebiete räumen und sich mit der Wahrung seiner angeblichen Rechte auf die südliche Mandchurei begnügen. Aber es hat seitdem geduldig und zielbewußt auf den Augenblick gewartet, in dem es seine imperialistischen Ziele ungehindert weiter verfolgen können. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

Auf eine bewaffnete Intervention, die in anderen Zeiten zweifellos von den Vereinigten Staaten ernstlich erwogen werden würde, ist angesichts der kritischen Lage der amerikanischen Finanzen auf absehbare Zeit nicht zu denken. Das gleiche gilt für die Völkerbundsmächte, die nach dem Wortlaut der Satzungen eigentlich verpflichtet wären, China mit allen Mitteln, einschließlich der militärischen, zu schützen. Indessen würde wahrscheinlich die Androhung wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen auf Grund des Völkerbundsstatuts und des Kelloggpaktes genügen, um Japan zum Einlenken zu bringen. Aber die Regierung von Tokio hat berechtigten Grund zur Annahme, daß die Großmächte zur Zeit nicht einmal in der Lage sind, zu wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen zu schreiten. Bei der Zusammenkürzung des Welthandels, bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist es ein überaus schwerer Entschluß, auf den Handel mit Japan zu verzichten. Japan ist nun einmal einer der größten Abnehmer der europäischen und amerikanischen Industrie und liefert selbst an das Ausland wertvolle Rohstoffe, deren Ausbleiben die Existenz zahlreicher Unternehmungen gefährden würde, ganz abgesehen davon, daß ein internationaler Boykott Japans durch den Völkerbund die Gefahr einer militärischen Intervention erheblich näher rücken würde.

Dennoch darf der Völkerbund, so schwer seine Aufgabe auch sein mag, in seinen Bemühungen nicht nachlassen. Im französischen Auswärtigen Amt soll unter den Berufsdiplomaten bereits eine starke Missstimmung gegen Briand vorhanden sein, weil er sich als Ratspräsident im Mandchurei-Konflikt viel zu weit vorgewagt hat. Man sieht daraus, daß diese ganze Aktion mit einer moralischen Niederlage des Völkerbundes enden und oberniedrin zu einer Mißstimmung in Japan gegen Frankreich führen werde. Aus ähnlichen Erwägungen sind auch andere Ratsmächte bestrebt, sich bei der weiteren Behandlung des mandchurischen Konfliktes möglichst zurückzuhalten. Die Stimmen aus Amerika klingen überaus gedämpft. Freilich besteht auf der anderen Seite die wachsende Sorge um die Haltung der Sowjetunion. Es wäre daher ernstlich zu erwägen, ob man nicht der russischen Regierung anheimstellen sollte, an der Pariser Ratsversammlung in der gleichen inoffiziellen Form mitzuwirken, wie es neuerdings die Vereinigten Staaten tun.

Sollte es dem Völkerbund nicht gelingen, China gegen den japanischen Raubzug zu schützen und den Konflikt in der Mandchurei zu beenden, so wird das für den Völkerbundgedanken eine schwere moralische Belastung

bedeuten. Aber es wäre eine Katastrophe, wenn die Welt den Eindruck gewinnen würde, daß der Völkerbund im Gefühl seiner derzeitigen

Ohnmacht sogar auf den Versuch verzichtet, seine Mission als Friedensstifter zu erfüllen.

## Handel und Gewerbe gegen die 40-Stunden-Woche.

Unter dem obigen Titel bringt die „Reichsberger Zeitung“ einen Bericht über eine Kundgebung der Handels- und Gewerbetreibenden der Bezirke Reichberg, Gabelitz, Friedland und Deutsch-Gabel. In dieser Kundgebung wird seitens der Handels- und Gewerbetreibenden gegen die 40-Stunden-Woche Stellung genommen. Man geht sogar so weit, daß man sich den Standpunkt des Deutschen Hauptverbandes der Industrie zu eigen macht. Daß die Gewerbetreibenden gegenüber der Industrie in der Arbeitszeitfrage anders betroffen würden, soll nicht bestritten werden. Wenn der Deutsche Hauptverband der Industrie sagt, er wäre geneigt, durch eine freie Vereinbarung in einzelnen Betrieben oder Industriezweigen die 40-Stunden-Woche einzuführen, so wäre eine solche Maßnahme nicht geeignet, die ausgeschiedenen Arbeitskräfte in den Produktionsprozess zurückzuführen, was durch die 40-Stunden-Woche bezweckt werden soll. Daß dadurch der Zweck der 40-Stunden-Woche nicht erfüllt würde, ist klar, sondern

einen durchschlagenden Erfolg kann die 40-Stunden-Woche nur dann bringen, wenn diejenigen Betriebe, welche voll beschäftigt sind, zur 40-Stunden-Woche übergehen und dadurch in die Lage kämen, Arbeitskräfte aufzunehmen.

Deute ist der Maschinenpark häufig für eine bedeutend größere Zahl von Arbeitskräften eingerichtet, so daß Neubeschaffungen nur in seltenen Fällen notwendig würden.

Wenn das Gewerbe und der Handel gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche auf das Schärfste protestiert und wenn man erklärt, unter keinen Umständen der verkürzten Arbeitswoche zustimmen zu können, so möchten wir doch die Frage aufwerfen, wie die aus dem Produktionsprozess ausgeschiedenen Arbeiter und Angestellten wieder zurückgeführt werden sollen? Oder was soll sonst mit den Arbeitslosen geschehen?

Durch die Rationalisierung, durch technische Verbesserungen, wird es niemals wieder möglich sein, den Angestellten und der Arbeiterschaft eine volle Beschäftigung zu geben, selbst dann nicht, wenn auch die Wirtschaftskrise schon überwunden sein wird.

Auf einige Beispiele möchten wir aufmerksam machen, denn die Rationalisierung hat nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft bedeutende Fortschritte gemacht. Zugabe, daß diese Fortschritte weniger im Klein- und im Mittelhandel und bei den Kleinbauern fühlbar sind, aber in den Großbetrieben, ob Industrie oder Landwirtschaft, sind diese Fortschritte ganz enorm, so daß häufig die menschliche Arbeitskraft ausgeschieden werden konnte. Fragen wir einmal bei der Landwirtschaft an. In früheren Jahren konnte man auf einem Großgrundbesitz 20 und mehr Gespanne die Feldarbeit verrichten sehen. In jedem Gespann war eine Arbeitskraft erforderlich. Heute besorgen zwei Traktoren die ganze Feldbestellung, so daß dadurch die Arbeitskräfte der ehemaligen Gespanne überflüssig geworden sind. Durch die Einführung der Mähmaschinen, der Mähreißer u. dergl. sind mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte brotlos geworden, welche nun naturgemäß der Stadt und der Industrie ausströmen müssen.

In der Industrie wurde die Rationalisierung noch viel intensiver betrieben. Teils durch technische Verbesserungen, teils durch Mehrleistung des Arbeiters. In fast keinem Großbetriebe sehen wir heute noch eine alte, unmoderne Heizanlage, sondern

durch die moderne, automatische Heizanlage sind zwei Drittel und mehr der Beschäftigten des Heizhauses überflüssig geworden.

In einem großen Zementbetriebe Westfalens wurde vor einigen Jahren eine vollständig moderne Heizanlage gebaut. Kohlenbunker, automatische Heizung, Selbstentladung der Kesselröste, Abfuhr der Schlacke mit Seilbahn, hat bewirkt, daß in diesem Betriebe vor dem Bau der neuen Heizanlage über 40 Maschinenisten, Heizer und Kohlenfahrer beschäftigt waren, während heute diese Arbeit ein Ingenieur mit drei Arbeitern bewältigt. Die übrigen wurden aus dem Produktionsprozess ausgeschieden.

In den Webereien wurden vor dem Kriege auch bei einfacher Baumwollware nur drei Webstühle von einem Weber bedient. Heute ist es durch die eingeführten Automatenstühle möglich, daß

ein Weber 24 Stühle bei einfacher Ware bedient.

In den Spinnereien hat man häufig die doppelte Spindelzahl den Spinnerinnen zugeteilt, so daß dadurch die Hälfte der Spinnerinnen aus dem Produktionsprozess ausgeschieden wurden. Bei Seltaktoren kommt es nicht selten vor, daß man von der Bedienungsmannschaft einen, ja sogar zwei Kräfte, abgebaut hat und diese Arbeit müssen die übriggebliebenen vier oder fünf Leute verrichten.

In der Weberei bedeutete es früher schon eine große Leistung, wenn 16 bis 24 Doppelnen durch eine Weberein bedient wurden. Heute durch die Einführung der modernen Brüggermaschinen bedient eine Weberein nicht 24, sondern 72 Doppelnen.

Was sollen die Menschen beginnen, die durch die Entwicklung der Technik und durch die Mehrleistung von Maschinen arbeitslos geworden sind und in den Produktionsprozess nicht mehr zurückgeführt werden können? Die wunderbare Entwicklung der Technik muß sich selbst wieder das Grab schaufeln, denn wenn das Heer der Arbeitslosen immer größer wird, sind letzten Endes keine Käufer mehr da, die die erzeugten Waren kaufen können. Wenn der Arbeiter und Angestellte ohne Einkommen ist, sinkt automatisch auch das Einkommen aller übrigen Erwerbszweige, auch beim Handel und Gewerbe, wer soll dann diese Menge von Waren kaufen, wenn der Käufer fehlt. Die Kaufkraft der Angestellten und Arbeiter muß unbedingt erhalten werden, wenn wir nicht in eine noch größere Katastrophe kommen wollen.

Die Industrie hat infolge der Krise nicht nur die Vertragslöhne, sondern die Affordlöhne häufig um 30 und mehr Prozent herabgesetzt und dadurch die Kaufkraft enorm geschwächt. Daß dadurch der gesamte Handel und das Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen wird, jenseit das Einkommen der Lohnempfänger sinkt, ist selbstverständlich. Ein Millionenheer von Arbeitslosen ist für die gesamte Volkswirtschaft kein Vorteil, denn letzten Endes müssen sie unterstürzt werden.

Wenn die Technik in diesem Tempo fortschreitet, ist es unerlässlich, daß in der Großindustrie die Arbeitszeit verkürzt wird, sonst wird die technische Entwicklung eine Gefahr der Menschheit.

Es mag sein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche einzelne Klein- und mittelbetriebe persönlich trifft, aber dennoch darf sie von diesem Gesichtspunkte die Gesamtwirtschaft nicht beurteilen, sonst werden sie rücksichtslos von der Industrie zermalmt und es würden letzten Endes auch die Gewerbe- und die Handelstreibenden in das Heer der Arbeitslosen mit hineingezogen. Die Entwicklung der Technik kann nur dann der Menschheit zum Segen gereichen, wenn sie den Menschen nicht um sein Einkommen bringt. In der heutigen Weltordnung wird sie zur Qual eines jeden Lohnempfängers.

Die 40-Stunden-Woche wird nicht mehr von der Tagesordnung verdrängt, trotz allen Protesten, die erhoben werden, dafür wird die Technik selbst sorgen.

## Senat.

Handelsverträge mit der Schweiz und Frankreich.

Prag, 11. November. Im Senat standen heute zwei Zusatzprotokolle zu den Handelsverträgen mit der Schweiz und Frankreich zur Verhandlung.

Die Schweiz, die sich durch unseren wachsenden Schahport bedroht sah, hatte im Sommer mit der Kündigung des Handelsvertrages gedroht, falls die Tschechoslowakei nicht auf den Vertragssoll für Schuhe verzichte. Sie hat diese Forderung durchgesetzt, doch ändert sich vorläufig nichts, weil Deutschland noch einen Vertragssoll in ungefähre derselben Höhe hat und die Tschechoslowakei nach der Weisbegünstigung ebenfalls auf diesen ermäßigten Zoll Anspruch hat. Allerdings sind in den letzten Tagen bereits deutsch-schweizerische Handelsvertragsverhandlungen im Zuge. Die Schweiz verzichtet dagegen auf den Vertragssoll für Spitzen, Rämme und Strophen, wodurch unsere Heimindustrie entlastet wird; endlich wird der Vertragssoll für Schallplatten aufgehoben.

Frankreich entwirft sich durch das Zusatzprotokoll des Vertragssolls für Bodemantel und Protierhandtücher, sowie für Holz, Schwämme und Hopfen. Die Tschechoslowakei erhält jedoch für ein Jahreskontingent von 45.000 Tonnen Holz und 8000 Zentner Hopfen den allen niedrigeren Zollsatz. Die Kontingente entsprechen ungefähr unserer Ausfuhr in den letzten Jahren. Als Kompensation verzichtet Frankreich auf den Vertragssoll für hartelebens Epiben und Spinnstücker sowie für gewisse Sämereien.

In den Vorreden sprach nur Mikulicek, der über die schlechte Behandlung unserer Arbeiter in Frankreich Beschwerde führte und dann den Konflikt in der Mandchurei in der üblichen Weise anschnorrte.

Auf der Tagesordnung der morgigen Plenarsitzung steht die Vaufrörderungs-Novelle und die Katastrophenhilfe, beide im abgeklärten Verfahren.

Der verfassungsgerichtliche Ausschuss befaßt sich nach dem Plenum mit der Regierungsvorlage, durch die einige strafrechtliche Bestimmungen abgeändert, bezw. verlängert werden, und nahm sie mit kleineren Änderungen an. Die Initiationsanträge der tschechischen Nationalsozialisten auf Revokation der ständigen Wählerlisten und Erlassung eines Gesetzes über die Kompetenz des Senates und über eine eigene Wahlordnung in den Senat werden einem Subkomitee zugewiesen werden.

## Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Sie standen am Grab. Liane sollte die erste Schaufel Erde auf den Sarg werfen. Sie streifte langsam die Handschuhe ab. Schneeweiß und schlank glitten die Hände aus der schwarzen Umhüllung. Und die weißen Hände warfen die schwarze Erde auf den Sarg. Die Erde war locker, sie fiel wie Staub nieder. Und plötzlich vermochte Peter den Anblick nicht zu ertragen. Vor seinen Augen verwandelte sich der schwarze Staub in weißen, und ihm war zu Mute, als sähe er hinter dem dichten Schleier ein kaltes Lächeln um den schönen Mund...

Tage vergingen. Peter wachte nicht, wie er sah am Tag einen strahlenden Sonnentimmel. Nachts leuchteten Sterne. Die Frauen trugen helle, leichte Kleider auf der Straße. Aus Gärten schwebte Niederduft. Rosen leuchteten. Peter sah alles wie durch einen Schleier. Auch die Stimmen der Menschen schienen seltsam gedämpft.

Ich träume, dachte Peter, aber ich ahne im Traum, daß ich bald erwachen werde. Ich warte. Und die ganze sommerliche Welt schien mit ihm zu warten. Worauf? Auf Erlösung oder auf ein Grauen, fürchterlicher als alles, was Peter je erlebt hatte?

Die Voruntersuchung gegen Mierzel Huber war abgeschlossen. In der nächsten Woche sollte der Prozeß beginnen. Peter dachte nicht gerne daran. Er sah eine zu Tode erschrodene Frau vor dem Richter stehen, einen Menschen, der kein Mensch mehr war, sondern „die Angeklagte“. Ein merkwürdiges Wort. Alle Schönheit, alle Jugend, alle Persönlichkeit verschwanden hinter seiner farblosen Mäute; Mierzel, die gelacht und geweint, geliebt und gehaßt hatte, war nicht mehr, — an ihrer Stelle stand die Angeklagte.

Und in diesem Fall war „Angeklagte“ fast gleichbedeutend mit „Verurteilte“. Indizienweise, die Tatsache, daß die Verdächtige einen „unmoralischen Lebenswandel“ geführt hatte... Ein Justizirrtum ist nie ausgeschlossen. Peter erschrak bei diesem Gedanken. Woher wußte er, daß Mierzels Verurteilung ein Justizirrtum sein würde? Er wußte nichts, nichts. Wollte nichts wissen.

Dann aber kam der Tag, da er wissen mußte.

Vor seinem Haus hielt Lianes Chrysler. Im Lärzhorn stand Liane. Schön in ihrem schwarzen Kleid, lächelnd und gelassen.

„Ich komme, um dir Adieu zu sagen“, erklärte sie. „Ich reise in zehn Tagen in die Schweiz. Ins Berner Oberland. Die Stadt ist unerträglich heiß.“

Wie heiß, wie dumpf muß die Luft in einer Gefängniszelle sein, dachte es Peter durch den Kopf.

„Ich wollte schon früher fahren, aber ich werde als Zeugin verhört“, fuhr Liane fort.

„Was wirst du aussagen?“

Peter erkannte die eigene Stimme nicht. „Selbstverständlich die Wahrheit. Daß diese Verion sich an Felix geklammert hat, sich nicht abschütteln ließ und...“

„Und wenn sie zum Tode verurteilt wird?“

Liane zwakte anmutig die Achseln.

„Sie ist schrecklich, Peter. So gemein und laut.“

Peter wollte schweigen. Peter zitterte davor, ein Wort zu sprechen, das ihn der Wahrheit näher bringen könnte. Aber irgend etwas sprach aus ihm:

„Ich hatte Angst, alles zu verlieren. Du selbst, Peter, hast mich gewarnt.“

„Ja?“

Liane strich sich das Haar glatt. Ihr Blick fiel auf den kleinen venezianischen Spiegel an der Wand. Sie lächelte.

„Du weißt doch, Peter, daß ich mehr Lebensberechtigung hatte als er.“

„Du willst eine Unschuldige...?“

„Du bist komisch. Vor die Wahl gestellt, diese Mierzel oder ich...“

„Mein Gott, Liane, bist du kein Mensch, fühlst du nichts?“

„Doch, Freund. Ich bin sicher, ich kann bis ans Ende meines Lebens glücklich sein.“

„Glücklich, mit dem Bewußtsein...“

„Schau, Peter,“ sie sprach zu ihm wie zu einem Kinde, dem man etwas erklären muß, „der arme Felix wäre doch immer unglücklich gewesen. Und er hätte sich gequält. So aber ist alles gut.“

Er starrte sie an, als sähe er vor sich ein Ungeheuer.

„Gut?“

„Ja, ich bin frei, bin sicher. Darf glücklich sein.“

„Du bist nicht sicher. Ich weiß alles.“

„Du liebst mich, Peter. Wirst mich nicht verraten.“

nach rechts. Die Schnur wurde von der Gerechtigkeit gehalten. Ein Traum, verschüttet unter dem Alltagsgequäl und der Nachtigler, gewann Leben. Ein Traum wurde stärker als der Mensch. Ein Traum der Wirklichkeit, wie Judith Bernsteins Traum: die Gerechtigkeit.

Und Peter Brennt, der an nichts glaubte, der an allem zweifelte und die Menschen haßte, Peter Brennt, der mit ihnen gespielt und sie ins Verderben getrieben hatte, hörte den Traum aus sich sprechen:

„Leg dich hin, Liane, und schlafe.“

„Weshalb?“

„Du sollst alles vergessen, was dich quälen konnte.“

Seine Augen hielten die ihren fest. Bezwingend, unbestechlich.

„Du gehorchst.“

„Auch ich?“

„Auch ich?“

„Auch ich?“

„Auch ich?“

„Auch ich?“

„Auch ich?“

(Schluß folgt.)

### Kein „Aber“.

„Pravo Lidu“ für die Abrüstung.

Das „Pravo Lidu“ befaßt sich im Leitartikel mit der Abrüstung, die Sonntag in Prag gegen die Abrüstung stattfand und wo auch ein agrarischer Redner sich für die Abrüstung aussprach, wobei er jedoch die Notwendigkeit eines starken Heeres betonte. Das Blatt der tschechischen Sozialdemokratie schreibt dazu:

„Es ist auf dem rechten Flügel unseres politischen Lagers Gewohnheit geworden, in den Wein pazifistischer Ueberzeugung und Entschlossenheit möglichst viel Wasser zu gießen. Richtig hat der Schriftsteller Genosse F. G. Rzejsi bei irgendeiner Gelegenheit gesagt: Es ist bei uns allzusehr der Gebrauch des Wortes „aber“ Gewohnheit geworden. Wir sind für die Abrüstung, „aber“ wir müssen vorbereitet sein, wir sind dafür, daß wir abrüsteten, „aber“, schaut euch die Nachbarn an, wir sind für die Verkürzung der Militärdienstzeit, „aber“ wir haben nicht genug Instruktionen usw. Dank diesem „aber“ können bei Friedensfundierungen „Pazifisten“ auftreten, mit denen die Kapitäne der Rüstungsindustrie sich ebenso solidarisch erklären können, wie die Militärs, die es nicht aus Beruf, sondern aus Ueberzeugung sind.

Auch wir fühlen die Verantwortung für die Sicherheit dieses Staates und mit uns bis in die Tiefe der Seele alle diejenigen, welche bei uns das Gesingen der Abrüstungskonferenz und der internationalen Bestrebungen nach dem dauernden Frieden unterstützen. Diejenigen, welche durch ihr „aber“ alle Bestrebungen nach einem tatsächlichen Fortschritt zum Frieden untergraben, können sich niemals damit rechtfertigen, daß nur sie Sorge und Furcht um die Republik haben. Wir wollen ihnen allerdings ihren Patriotismus nicht nehmen. Aber ihr bedingter Standpunkt zur Abrüstung enthebt sie nicht der Pflicht ehrlich zu sagen, was sie im Rahmen ihrer Vorbehalte für unsere Teilnahme an der internationalen Abrüstung tun wollen. Die Öffentlichkeit muß hören, ob diese „Aber-isten“ die Verkürzung der Militärdienstzeit in unserer Republik auf wenigstens 14 Monate oder auf ein Jahr als eine Sache betrachten, die unvereinbar ist mit unserer militärischen „Schloßfertigkeit“ und „Sicherheit“. Diese „Aber-isten“ müssen sagen, ob sie überhaupt für die Herabsetzung unseres Militärbudgets sind oder in welchem Maße, sie müssen irgendetwas bestimmtes ihre friedliche Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, wenn sie überhaupt als ehrliche Anhänger der Abrüstung gelten wollen und wenn sie ein Recht zum Auftreten bei Friedensfundierungen haben wollen. Es gibt verschiedene Grade von Pazifismus; aber auch der gemäßigtste Pazifist muß für den Frieden und für die Abrüstung etwas tun, wenn er als Pazifist gelten will.

Wir sollten daher zur jetzigen Abrüstungsaktion die Bemerkung machen, sie müsse eine solche sein, damit sie eben verpflichtend und von jedem ein Ja oder Nein erfordere. Es handelt sich um die moralische Konsequenz, Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit. Die neue Welt zeichnet sich durch das Bestehen neuer, kleiner Staaten aus. Diese Staaten tragen die Verantwortung dafür, ob die heutige Ordnung verbessert und vervollkommen werden wird. Die Abrüstung ist eine der Grundverpflichtungen der neuen politischen Nachkriegsordnung. Artikel 8 des Völkerbundesvertrages legt diese Verpflichtung ausdrücklich fest. Seien wir ernst und wahrhaft, erfüllen wir die Verpflichtungen genauso, wie wir uns der Rechte freuen, auf denen wir stehen!

**Forderungen der Mittelschullehrer.** Der Reichsverband deutscher Mittelschullehrer verfaßt eine Resolution, in der eine Reihe von Forderungen aufgestellt wird, die auch wir als berechtigt anerkennen. Die Mittelschullehrer fordern Schaffung einer 10. und 11. Gehaltsklasse, Funktionszulage für ältere Professoren, die keine Leiterstelle innehaben, Herabsetzung der Lehrverpflichtung, Herabsetzung der Schülerzahl und sofortige Ausschreibung freier Stellen. Anders steht es um die Vergütung dieser Forderungen durch den bekanntlich von Deutschenationalen geführten Reichsverband. Dort heißt es, daß die Professoren bei jeinhöfem Lebensmittelpreis nur das Fünffache ihrer Friedensgehälter haben. Wichtig ist, daß der Lebensmittelpreis nur das Achtfache der Friedenspreise beträgt und daß keineswegs die Professoren allein, sondern fast alle Lohnarbeiter und Gehaltsbezieher nur das Fünffache oder noch weniger ihrer Friedenslöhne beziehen. Es geht auch nicht an, daß die Mittelschullehrer sich als die „wirtschaftlich schwächsten Staatsbürger“ bezeichnen. Solche Behauptungen wirken in einer Zeit, da eine halbe Million Menschen arbeitslos ist, geradezu provozierend. Und wenn die Mittelschullehrer endlich die Volkswortredner „die in Wahlen immer schöne Worte für die Beamten und Lehrer finden“, apostrophieren, so mögen sie diese Anschuldigung gefälligst weniger allgemein lassen und an die richtige Adresse lenken. Die Mittelschullehrer, die zu mehr als 90 Prozent bürgerlich wählen dürfen, haben leider sehr wenig dazu getan, ihre eigene Lage zu bessern. Die Sozialdemokraten haben ihnen die Weisheitslehre verschafft. Wenn es den Bürgern nachginge, hätten sie sie schon wieder verloren. Auf die Dauer werden sie mit einer Taktik, bei der sie reaktionär wählen, aber von den Sozialisten die Erfüllung ihrer Forderungen verlangen, nicht weit kommen!

## Ein Gewaltstreik des Handelsministeriums.

Kontingentierung der Filmeinfuhr. — Deutsche Filme benachteiligt. — Amtliche Förderung des Schunds.

### Der sichere Ruin der Kinos!

Obwohl unsere weitberühmte Filmzensur, deren Entscheidungen in Sammelbänden herausgegeben, demaleinst zur besten humoristischen Literatur des Weltchristentums zählen werden, seit langem systematisch an der Verschlechterung des Kinobetriebes erfolgreich arbeitet, hat das gewisse Herrschafte noch nicht genügt. Man will es gründlicher machen und so hat sich, wie gemeldet wird, das Handelsministerium entschlossen, die Filmeinfuhr an das Bewilligungsverfahren zu knüpfen.

Dabei sollen die Kinos verhalten werden, eine bestimmte Anzahl von einheimischen (tschechischen) Filmen, in zweiter Linie eine Anzahl nichtdeutscher Filme und nur den Rest deutsche Filme einzuführen. Der Zweck dieses ganz unsinnigen Verfahrens ist leicht zu erkennen.

Hinter diesem Versuch der Kontingentierung von Kunst und Unterhaltung können nur dieselben Hintermänner stehen, die vorjahr die Kampagne gegen den deutschen Tonfilm in Prag inszeniert haben; diesmal war man vorsichtiger und hat — auf welchen Umwegen, ist heute schwer festzustellen — die entscheidenden Stellen mobilisiert. Zunächst einmal soll durch dieses Vorgehen der „heimische“ Film gefördert werden. Nun weiß aber jeder, daß der tschechische Film, seit wir den Tonfilm haben, eine sehr beschränkte Leistungsfähigkeit besitzt. Da die Tschechen für einen kleinen Markt produzieren, können sie niemals das Kapital investieren wie ausländische Erzeuger, können sie niemals eine größere Zahl erstklassiger Künstler engagieren. Die Einfuhrzölle werden natürlich Gegenmaßnahmen zur Folge haben, man wird tschechischen Filmen den Weg nach Deutschland verlegen und damit wird die Leistungsfähigkeit der tschechischen Filmherzeugung noch weiter gedrückt. Die Bevorzugung des heimischen Films ist also gleichbedeutend — und die Erfahrung hat dies ja bewiesen — mit der Förderung des schlechten Films. Damit soll keineswegs gesagt werden, daß die Tschechen nicht gute und die Deutschen nicht viele schlechte Filme erzeugen hätten. Aber unter der großen Zahl deutscher Filme war doch ein respektable Prozentsatz guter Filme zu finden und man konnte sie bisher auswählen.

Nun aber wird die Gesamtheit der tschechischen Filme zwangsweise vorgeführt werden, das heißt, es werden nicht nur die guten tschechischen Filme, sondern, über be-

hördliche Verfügung gewissermaßen, auch alle elenden Nachwerke des patriotischen und unzulänglichen Filmgewerbes laufen, die Zahl der deutschen Filme aber wird insgeheim beschränkt und so auch die der guten deutschen Filme, die wir bekommen.

Empörend ist aber vor allem, daß die Kinos gezwungen werden sollen, gewisse fremdländische Filme zwangsweise zu nehmen. Es ließe sich vielleicht handelspolitisch, keineswegs kulturpolitisch, rechtfertigen, daß der tschechische Film bevorzugt wird. Aus welchen Gründen und mit welchem Recht aber wird der amerikanische Film vor dem deutschen bevorzugt? Mit welchem Recht zwingt man deutsche Kinos, englische Tonfilme zu spielen, wo man deutsche haben könnte?

Der Plan des Handelsministeriums stellt einen unerhörten Eingriff in das Leben der Staatsbürger dar. Er dient den Interessen des inländischen und des amerikanischen Filmkapitals und ordnet die kulturpolitischen Rücksichten diesen Interessen unter. Ohne Zweifel wurde die ganze Sache von den amerikanischen Filmmagnaten betrieben, von den tschechischen Produzenten gefördert und durchgeführt. Ob die Bevölkerung sich das bieten läßt, ist eine andere Frage.

Da die Kinobesucher nicht gezwungen werden können, sich Filme anzusehen, die sie nicht verstehen oder die ihnen nicht gefallen, wird das Ergebnis das sein, daß die Kinos leerstehen. Als im Vorjahr in Prag wieder deutsche Filme zu laufen begannen, rissen sich die Kinos um die Verteilung, weil sie mit diesen Filmen größeren Erfolg hatten als mit den amerikanischen. Nun will man die Provinzkinos zwingen, den deutschen Tonfilm zu verdrängen.

Das kann nur mit dem Bankrott der Kinos enden. Das Handelsministerium aber scheint bereit, einen so wichtigen Steuerträger und geschäftlichen Faktor den Interessen amerikanischer Filmlente und jenes einheimischen Filmkapitals zu opfern, das sich in ehrlischer Konkurrenz nicht durchsehen konnte.

Bisher hat die Zensur dafür gesorgt, daß russische und deutsche Filme nach Unlichkeit geschädigt, tschechisch- und amerikanisch-nationalistische gefördert wurden. Nun will das Ministerium mit schwerem Geschütz kommen. Der Bevölkerung bleibt, wenn der Plan durchgeführt wird, noch immer das Mittel des Volkstotts gegen den amtlich geförderten Schund.

### Die Krankheitsverhältnisse in den einzelnen Berufsgruppen.

Nach dem ausführlichen Bericht des Unterverbandes Nordböhmen des Reichsverbandes deutscher Kranken-Versicherungsanstalten (Wohlfahrtsverband, Reichenberg, Rumburg und Friedberg) und der Allg. Arbeiterkranken- und Unterstütlungskasse in Reichenberg für die Jahre 1928 und 1929 ergaben sich nachfolgende Krankheitsverhältnisse in den einzelnen Berufsgruppen:

Berufsgruppe	Als entfallende Krankheitsfälle auf 1000 Personen	Erkrankungsprozent	Erkrankungsdauer in Tagen
14 Bauunternehmung	19.7	79.5	24.8
18 Freiwillige	16.3	30.0	54.4
9 Textilindustrie	13.4	38.7	34.6
2 Transportuntern.	14.1	55.3	25.5
4 Glasindustrie usw.	12.2	45.2	28.9
1 Landw., Forstw.	13.1	50.2	26.2
6 Maschinen	12.1	50.8	24.3
11 Holzindustrie	13.0	46.0	26.4
10 Papier, Leder usw.	12.1	43.6	27.7
5 Metallindustrie	11.9	47.4	25.0
7 Chemische Industrie	9.1	37.5	24.3
12 Nahrungsmittel	11.8	43.9	27.0
17 Sonstige (Hansh.)	9.9	31.4	31.6
15 Polygraph. Gew.	8.1	32.1	25.2
16 Handelsleute	7.1	27.8	25.6
13 Reinigung	6.4	25.6	25.1
8 Heizindustrie	6.1	23.5	25.8
Im Durchschnitt	13.0	43.1	30.0

Aus obiger Tabelle ergibt sich deutlich, daß bei einzelnen Berufsgruppen Erkrankungen häufiger vorkommen, dafür von geringerer Dauer sind, bei andern wieder umgekehrt. Aus der Statistik des Unterverbandes ist ferner zu ersehen, daß die männlichen Versicherten öfter erkranken als die weiblichen, dafür aber ein Erkrankungsfall nicht so lange dauert wie bei den weiblichen Versicherten, so daß auf ein männliches Mitglied zirka drei Krankentage weniger entfallen als auf ein weibliches.

### Zugung der Hauptjugendleitung des Allgemeinen Angestelltenverbandes.

Am 8. November tagte in Ruffig der Verbandsjugendauschuss des Allgemeinen Angestelltenverbandes (Ztg. Reichenberg).

Die Beratungen der Zugung betrafen hauptsächlich die nächsten Arbeiten und Maßnahmen zu weiterer, erfolgreicher Organisierung der Jugendbewegung des Verbandes.

Die nunmehr begonnene Werbeaktion zeitigte bereits die ersten Erfolge. Von der Erkenntnis aus-

gehend, daß die Jugend nur durch die Jugendgruppen richtig erfaßt werden kann, spricht sich der Verbandsjugendauschuss für die Schöpfung von Jugendabteilungen in allen dazu die Möglichkeit bietenden Ortsgruppen aus, die mit ständiger Werbetätigkeit verbunden sein muß. Zur gründlichen Durchorganisierung sind in allen Kreisen Kreisjugendführer ernannt worden, deren besondere Pflicht es sein wird, die Zusammenarbeit zu fördern und neue Abteilungen gründen zu helfen. Allgemein gilt der Grundsatz, daß die Jugendgruppenarbeit nicht einseitig, sondern in abwechslungsreicher Reihenfolge den Altersklassen Rechnung tragend und zur Mitarbeit anregend sein soll. Neben den bisherigen Arbeitszweigen soll auch dem Sport ein größeres Augenmerk zugewendet werden. Die größte Aufmerksamkeit wird auch weiterhin der Aufklärungs- und Bildungsarbeit gelten. Die Jugendorganisation des Allgemeinen Angestelltenverbandes erachtet es als ihre Pflicht, als Kulturorganisation gegen körperliche und geistige Vergiftung und gegen die schädliche und unverständliche Vergnügungsindustrie mit ihrem Schund und Kitsch in Film, Literatur und Unterhaltung anzukämpfen. Sie strebt vielmehr die gründlichste Aufklärung der Jugend auf allen Gebieten der Lebensgestaltung, Kultur und Gesellschaft an und verlangt daher die Förderung aller kulturbringenden Saiten und Gelegenheiten. Teils ausgiebigen Besprechungen verschiedener geistiger Stoffgebiete, hauptsächlich aber auch zur Heranbildung von Funktionären dienen Arbeitsgemeinschaften, zu deren Gelingen Lichtbilder und Filme beitragen werden. Der Allgemeine Angestelltenverband plant im Frühjahr 1933 eine achtstägige Schulungskurs mit Internat in Bad Liebenwerda für die Heranbildung von jungen Gewerkschaftsfunktionären. Wie heuer, werden auch im nächsten Jahre Urlaub- und Erholungsaktionen für die jugendlichen Mitglieder veranstaltet und unterstützt.

Die zum Schluß vorgenommenen Wahlen der Verbandsjugendfunktionäre hatten folgendes Ergebnis: Hauptjugendleiter Müller (Reichenberg), dessen Stellvertreter Sigmant (Leipzig), Schriftführer Bahr (Reichenberg), als Kreisjugendführer in den Kreisen, die bisher in der Hauptjugendleitung vertreten waren, werden die Verbandsjugendauschussmitglieder aufgestellt.

**Genehmigte Gemeinde- und Bezirksdarlehen.** Der böhmische Landesauschuss hat in seiner gestrigen Sitzung die nachstehenden Darlehen genehmigt: Gemeindedarlehen: Tachau 923.868 K., Grafengrün 5000 K., Ruffig-Elektrizitätswerk 11.000.000 K., Ruffig-Stadt 4.085.000 Kronen, Thierbach (Reudel) 13.068 K., Reichenau 20.000 K. — Bezirksdarlehen: Ach 1.500.000 K., Nachimstal 780.556 K. und 1.791.356 K., Ruditz 616.607 K., Plan 500.000 K.

### Wirtschafts- und Volksgeundheit.

Das Präsidium der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit teilt mit: Die Verschärfung der Wirtschaftsrisse, von welcher besonders die deutschen Industriegebiete dieses Staates betroffen werden, gibt Anlaß zu schwerster Besorgnis um die Gesundheit breiter Volksschichten, die der Verelendung verfallen. Allen Zeitgenossen sind noch die furchtbaren Folgen der großen Not des Volkes in Kriegs- und Nachkriegszeit in trauriger Erinnerung. Die Not, besonders die Kinderärzte, leben schon heute wieder die Wälder des Jammers vor sich, die wir als überwundene Begleiter des ungeligen Krieges betrachten haben:

### Unterernährung, Schmutz, körperliche Verfallmüdigung und gesteigerte Krankheitsanfälligkeit nehmen in erschreckender Weise zu

und lassen viel Schlimmes befürchten. In diesem Augenblicke ist es wichtiger als je, daß die Fürsorge, besonders die Fürsorge für Mütter und Kinder und die vorbeugende Gesundheitsfürsorge in ihrer Leistungsfähigkeit nicht nur erhalten, sondern gesteigert werden. Wir rufen alle verantwortlichen Stellen, alle Mitbürger auf, den Ernst der Lage zu erkennen und durch Geld, Mitarbeit und moralische Förderung die Fürsorge für die Unbegünstigten, besonders aber von Arbeit und Erwerb ausgeschlossenen Volksgenossen zu unterstützen. Wir warnen vor einem Abbau der vorhandenen Einrichtungen, wir warnen aber auch vor der Zersplitterung in eine unübersichtliche und planlose Vielheit von Sonderaktionen und empfehlen einen Zusammenschluß aller Fürsorgemaßnahmen unter Führung der Selbstverwaltungskörper.

Für das Präsidium der Deutschen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit:

- Der Vorsitzende:  
Univ.-Prof. Dr. Friedrich Dreier, m. p.  
1. Vorsitzender Stellvertreter:  
Univ.-Prof. Dr. Theodor Gruschka, m. p.  
2. Vorsitzender Stellvertreter:  
Abg. Bürgermeister Leo Schubert, m. p.  
3. Vorsitzender Stellvertreter:  
Univ.-Prof. Dr. Adolf Riedl, m. p.  
Für die Kasse:  
Dr. Fritz Jahn.  
Der Kassier:  
San.-Rat Dr. Armin Klein, m. p.  
Der Schriftführer:  
Dr. Franz Koreis, m. p.  
1. Beisitzer:  
Abg. Dr. Ernst Döber, m. p.  
2. Beisitzer:  
Univ.-Prof. Dr. Josef Langer, m. p.

Für die Abrüstung. Wir werden um die Veröffentlichung nachstehender Zeilen ersucht: Die Abrüstungskonferenz, welche im Jänner 1932 in Genf tagen wird, hat alle pazifistischen Kräfte in der Tschechoslowakei zu einer regen Tätigkeit vereint. Dem Komitee für Weltabrüstung, welches sich über Anregung der tschechischen Sektion der Liga für Frieden und Freiheit bildete, gehören unter anderen der Frauerrat, die deutsche und jüdische Friedensliga, der Chelidich-Friedensverein und andere Organisationen an. Am 11. November fanden in der ganzen Republik und in Prag am Altstädter Ring große Friedensmanifestationen statt, die einen glänzenden Beweis der Zusammenarbeit aller Kreise ohne Unterschied der Parteirichtung und der Nationalität erbrachten. Die eingeleitete große Unterschriftenaktion der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, für die Weltabrüstung wird mit großem Eifer durchgeführt und der Prager Stadtrat hat das Protektorat über diese Aktion übernommen. In zahlreichen Städten und Gemeinden werden offiziell Unterschriften gesammelt. Die Kinos werden eine Friedenswoche in ihrem Programm aufnehmen, und auch das Radio wird den Abrüstungsgedanken propagieren. Die Wichtigkeit der Weltabrüstungskonferenz, von deren Erfolg ein Umschwung der Weltwirtschaft zu erwarten ist, bietet genügend Anlaß, die Weltabrüstungsaktion mit allen Kräften zu fördern.

**Der Budgetauschuss** des Abgeordnetenhauses beendete gestern die Debatte über die Kapitel Landwirtschaft, Handel und öffentliche Arbeiten. Von deutscher Seite sprachen Edert, Dr. Rofke, Kund und Genosse Dietl, dessen Rede wir morgen im Auszug veröffentlichen werden. In einer Nachsitzung kamen nach dem Schlußwort der Ressortminister noch die Referenten zu den nächsten Kapiteln, Post und Eisenbahnen, zu Wort.

### Gebrandmarkter Hakenkreuzterror.

Berlin, 11. November. Auf die Beschwerde des „Volkstreu“ in Braunschweig, die heute dem Reichsministerium des Innern vom braunschweigischen Innenminister zugegangen ist, hat der Reichsminister des Innern das neuerliche Verbot des „Volkstreu“ als unbegründet aufgehoben.

### Panama-Kanal unbefahrbar.

Berlin, 11. November. Wie die Blätter aus New York melden, ist der Panamakanal infolge von größeren Erdrverschiebungen unbesfahrbar geworden. In Christobal und Balboa stehen etwa sechzig Schiffe, die auf die Begegnung der Hindernisse warten. Es bestehen jedoch Befürchtungen, daß die Erdrverschiebungen sich infolge der andauernden Regengüsse wiederholen werden.

# Tagesneuigkeiten

## Fliegender Antifascismus.

Flugzeug in Konstanz angehalten. — Aber warum sind die deutschen „republikanischen“ Behörden so eifrig?

Konstanz, 11. November. Hier landete am Samstag ein Flugzeug, das antifascistische Handzettel an Bord hatte. Zu dieser Landung wird gemeldet: Die Landung erfolgte angeblich wegen eines Defektes am Benzintank. Inoffiziell waren ein gewisser Viktor Haefner aus Berlin als Flugzeugführer und ein zweiter Mann, der sich als Belgier ausgab. Am Sonntag wurde das Flugzeug mit schwerem Gepäck beladen, das von einem Auto mit französischen Kennzeichen zuerst in ein Hotel gebracht worden war. Beim Start am Sonntag vormittags, den der angebliche Belgier allein vornahm, stellte sich das Flugzeug auf den Kopf und erlitt Schaden. Da die Flieger aber wegen näherer Kontrolle Befürchtungen hegen, luden sie Mittags in Abwesenheit des Monteurs des Flugplatzes ihr Gepäck wieder ab und schafften es in ihr Hotel, weil erst am nächsten Tage abgeflogen werden sollte. Am Montag vormittags wurde jedoch der Weiterflug vom Bezirksamt Konstanz bis zur Klärung der Flugberechtigung unterzogen. Bei der Durchsichtung des Gepäckraumes fand der Monteur zwei Flugblätter in italienischer Sprache. Da die beiden Flieger ein auffallendes Bestreben gezeigt hatten, sich der Kontrolle auf dem Flugplatz zu entziehen und auch Waffen besaßen, wurden sie zur weiteren Aufklärung der Staatsanwaltschaft übergeben. Es war auch bekannt geworden, daß das Gepäck am gleichen Nachmittag in dem Auto mit französischen Kennzeichen weggeschafft worden war. Durch sofortige Benachrichtigung der Polizei in Freiburg gelang es, das Auto mit drei Insassen bei der Einfahrt in Freiburg anzuhalten. Bei der Durchsichtung des Gepäckes fand man Flugchriften in italienischer Sprache, in denen zur Bildung von antifascistischen Gruppen mit genau vorgeschriebener Organisation zum Zwecke der Verhinderung des Faschismus aufgefordert wird. Die Insassen des Autos waren drei Italiener. Obwohl die Verhafteten leugnen, besteht kein Zweifel, daß der Zweck des Fluges nur der gewesen sei, mittels Flugzeuges von Konstanz aus über Italien antifascistische Flugzettel abzuwerfen. Die beteiligten Ausländer haben fällige Bässe. Der Deutsche ist wegen Verrat militärischer Geheimnisse mit 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Untersuchung ist im Gange.

## 10 Millionen Dollar für ein Edison-Denkmal.

West Orange (New Jersey), 11. November. (Reuter.) Hier hat sich ein Ausschuss gebildet, der zum Andenken an Edison ein Denkmal errichten will. Der Kostenaufwand hierfür wird auf zehn Millionen Dollar geschätzt.

Man kann sich dieser Meldung, so sehr aus ihr auch der schuldige Respekt vor Verdienst und Ruhm des großen Erfinders spricht, dennoch keineswegs freuen. Denn diese zehn Millionen Dollar — etwa 335 Millionen in unserem Gelde — ließen sich doch wahrhaftig besser und nützlicher verwenden! Millionen Menschen hungern und darben, auch in USA. — da grenzt es ja doch an Fressen, wenn man solches Riesenvermögen zum Gedächtnis eines Toten in toten Stein investiert!

## Ein zweiter Flüchtling ergriffen.

Brünn, 11. November. Der zweite der flüchtigen Jglauer Gefangenen und Mörder des Gefangenenauffsehers Baumas wurde heute bei Dampolec ergriffen. Ein Brauhausknecht bezeugte einem jungen Mann, dessen Kleidung mit Baumadeln bedeckt war und der ihn um eine Zigarette bat. Dieser wurde sich bewußt, daß der Unbekannte vielleicht einer der flüchtigen Jglauer Gefangenen sein könnte und fuhr rasch zur nächsten Telefonstation, von wo er die Gendarmerei verständigte. Zwei Wachmeister fehlten dem Mann nach, der die Flucht ergriff. Er wurde aber eingeholt und nach Jglau gebracht. Es war dies tatsächlich einer der entsprungenen Häftlinge, und zwar der 34jährige Leopold Paschka. Er logte aus, daß an der Ermordung des Auffsehers alle geflüchteten Sträflinge beteiligt gewesen seien. Heute vormittags fand unter großer Teilnahme der Bevölkerung das Begräbnis des ermordeten Gefangenenauffsehers Baumas statt.

Ein Sparfassebeamter veruntreut 200.000 K. Am Montag fand in der Filiale der Gödinger städtischen Sparkasse in Hollis eine Wählerrevision statt, bei der zutage trat, daß sich der Kassier der Filiale, der 30jährige Ferdinand Galatz, große Veruntreuungen zuschulden kommen ließ. Durch eine eingehende Revision wurde festgestellt, daß Galatz seit 1925 nach und nach 200.000 K zum Nachteil der Sparkasse veruntreute. Der Kassier gestand, daß er seit der erwähnten Zeit fast jeden Monat 3000 bis 5000 K veruntreute, was er damit entschuldigte, daß er ein kleines Gehalt hatte. Galatz wurde nach diesem Befandnis in die Haft der Preyburger Staatsanwaltschaft eingeliefert.

# Calmette oder Friedmann?

Von Dr. Carl Crede.

Das Problem „Calmette oder Friedmann?“ ist seit dem Lübecker Calmette-Projekt wieder stark in den Vordergrund des Interesses getreten. Was es dabei in einzelnen geht, zeigt der nachfolgende, von einem Fachmann stammende Artikel.

Auf Grund eigener überzeugender Ergebnisse verwerde ich die Friedmann-Vaccine bei der Behandlung Tuberkulöser. Sie ist besonders bewährt bei der Knochen- und Organ-tuberkulose, aber auch von legendärer Wirkung bei noch nicht zu schwerer Lungentuberkulose. Umso erstaunter war ich über eine kürzlich durch die Presse gehende Auslassung Calmettes, des Subdirectors des Pasteur-Instituts, die über Mißerfolge der Friedmann-Vaccine bei unnatürlich, künstlich tuberkulös infizierten Meerschweinchen berichtet. Nur wenn man die Hintergründe des Lübecker Säuglingstod-Prozesses kennt, die jetzt immer klarer zu Tage treten, versteht man diese Polemik des von Calmette mitgeleiteten französischen Instituts.

Während vor der Kulisse die deutschen Rechtsanwältin mit den Richtern versuchen die Wahrheit zu erforschen, tobt hinter der Szene ein erbittertes Duell zwischen Calmette und Friedmann. Neuerdings werden Massen-toden von Kindern nach der Calmette-Impfung auch aus Bulgarien, Spanien und Ungarn bekannt. Trotzdem ist Professor Calmette bisher allen Aufforderungen, zu diesen Unglücksfällen öffentliche Stellung zu nehmen, bemüht ausgewichen. Er beruft sich dabei u. a. auf die Professoren Reusfeld vom Berliner Koch-Institut und Rolle vom Frankfurter Experimentalinstitut; beide treten für die Unschädlichkeit des BCG ein. Beide sind aber vom I. Senat des Reichsgerichts am 27. Oktober 1923 abgewiesen worden, als sie die Neuheit und Unerprobtheit des Friedmannschen Mittels bestritten.

Ein Stolz, eine Einzelsampfung in diesem Kampf Calmettes ist nun diese Meerschweinchenoffensive. Aber kein Geringerer als der unsterbliche Entdecker der örtlichen Betäubung, Geheimrat Professor C. L. Schleich, der übrigens die Friedmann-Vaccine auf Grund seiner umfangreichen Beobachtungen als den „größten Menschheitssegner“ bezeichnete, hat schon vor Jahren, wie ich es heute wiederhole, festgestellt, daß nicht genug vor einer — wie er es ironisch nannte — „Bakteriologie“ gewarnt werden könne, die die Meerschweinchen den Menschen gleichsetze, während der Verlauf der natürlichen menschlichen Tuberkulose von der künstlichen Meerschweinchen-tuberkulose grundverschieden sei. So haben auch führende sozialdemokratische

Ärzte den Wert der Friedmann-Vaccine richtig eingeschätzt und sind für Friedmann eingetreten, der augenblicklich den einzigen Lehrstuhl an einer Universität in Deutschland für Tuberkulose und deren Bekämpfung inne hat.

Jeder, der wie ich als praktischer Arzt mitten im Proletariat, das heute noch millionenfach täglich von Tuberkulose bedroht wird (gerade bei dieser Unterernährung und Wohnungsnot), lebt, kann nur mit Staunen und Erbitterung immer wieder feststellen, daß andere Länder, z. B. Italien, Rumänien, Schweiz, Costarica, Griechenland, Brasilien, Zentral-America unserem Deutschland weitenweit in der Tuberkulosebekämpfung voraus sind, weil sie sich mit Energie die lebensrettende Friedmann-Vaccine zunutze gemacht haben. Dies alles muß zur Kenntnis der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Führer kommen, damit für eine wirksame Tuberkulosebekämpfung Bahn gebrochen wird.

Die Chefärzte des „Oeuvre antituberculeux de Paris“, des „Antituberculose-Instituts in Paris“ teilen neuerdings mit, daß dort von 2100 Fällen aller Formen der Tuberkulose (Lungen, Drüsen, Knochen, Gelenk, Nieren, Geschlechts- und Sinnesorgane und Hauttuberkulose) 90 Prozent nach 1-2 Friedmann-vaccine-Injektionen ausgeheilt sind. Die beiden im Verlage de Gruyter, Berlin erschienene Broschüre der „Internationalen Anti-Tuberculose-Liga“, „Die besiegte Tuberkulose“ bringt Heilberichte mit der Friedmann-Vaccine aus 28 Ländern. Unter den oben verzeichneten 2100 geheilten Personen waren Hunderte bereits dazu bestimmt, verstümmelt, entmannt oder bestimmter Glieder und wichtiger Organe, wie z. B. der Niere, beraubt zu werden, weil man glaubte, ihre Tuberkulose nicht anders heilen zu können. In dem Konzentrationslager für chirurgische Tuberkulose in Verd-Plage bei Calais, wo 10.000 an Knochentuberkulose Erkrankte jahrelang als Krüppel in Gipsverbänden und schmerzhaften Streckbetten sich quälten, hat der Pariser Chirurgen Dr. Simonese im September 1930 300 solcher Wirbelsäulen- und Gelenktuberkulöser, die noch jahrelang ans Bett gefesselt bleiben sollten, einmal mit der Friedmann-Vaccine geimpft und zwar mit dem Erfolg, daß drei Monate später bereits 120 als geheilt und arbeitsfähig entlassen werden konnten.

So sehen die letzten praktischen Ergebnisse mit der Friedmann-Vaccine in Frankreich aus. Sie sollten dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, seinen Beratern und dem Reichsparlament, die Friedmann immer noch zu ignorieren versuchen, zu denken geben.

Verfassung zusammen. Das hundertjährige Jubiläum des belgischen Abgeordnetenhauses wird in den nächsten Tagen durch eine gemeinsame Festigung der beiden Häuser der Nationalversammlung gefeiert werden. Zur Erinnerung an das Jubiläum wird eine Gedenkmedaille geprägt werden.

Ein gefährlicher Verur. Von dem polnischen Militärgericht in Thorn fand Mittwoch die Verhandlung gegen den Reserveleutnant Lubdzki statt, der der Spionage zu gunsten Deutschlands angeklagt war. Der angeklagte Reserveleutnant wurde zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde einige Stunden später auf dem Hof der Militärfestung Thorn vollzogen.

Die riesige Uberschwemmung in China. Laut Meldungen aus amtlichen Kreisen wurden in den Provinzen Anhwei und Kiang durch das Hochwasser im ganzen etwa 120.000 Quadratkilometer überschwemmt. In der Provinz Anhwei wurden 26 Prozent der Getreideernte und 18 Prozent der Reisernie, in der Provinz Kiangsu 31, bzw. 26 Prozent dieser Ernten vernichtet. In den übrigen Provinzen sind 20 Prozent der Getreideernte und 24 Prozent der Reisernie vernichtet. Die Gesamtschäden werden auf 500 Millionen mexikanischer Dollar geschätzt.

Interück zur Naturwirtschaft? In einer Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Eisenindustriedorfe Julpmes im Stubaital (Tirol) wurde der Beschluß gefaßt, alle Abgaben nicht mehr in Geld, sondern nurmehr in Naturalien oder in Erzeugnissen der Industrie zu leisten.

Der Multimillionär als Mörder. Der junge Multimillionär Johann Jungst, der seine Geliebte ermordet hat, wurde vom Schwurgericht in Paris zu zwölf Jahren Zwangsarbeit in der Strafkolonie verurteilt.

Nächtlicher Schrecken in Saaz. Aus Saaz wird gemeldet: In der oberen Vorstadt von Saaz gab in der Sonntagsnacht der 30jährige Ladiergehilfe Franz Sch. einen Schrecken für die Bewohner der Gasse, er warf durch das offene Fenster der im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung seiner Mutter eine erhebliche Anzahl von Einrichtungsgegenständen auf das Pflaster hinab, worauf er, als die Hilferufe seiner Mutter gellend die Stille der Nacht zerrissen, sich mit einem Trommelrevolver drei Kugeln in den Kopf und in die Herzgegend jagte. Man mußte das Zimmer, welches der rasende Ladiergehilfe abgeperrt hatte, erbrechen und fand ihn in einer Blutlache liegend bewußtlos auf. Er wurde sofort dem Saazer Krankenhaus eingeliefert. Die Tat hat Sch. zweifellos in einem Anfall geistiger Betrübnung verübt.

## Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag  
11: Schallplatten. 11:10: Schallplatten. 18:35: Deutsche Sendung: Dr. Robert Reinhard-Tag: „Die Entwidlung des Weltbildes“. 20:25: Wieder: 21: Orchesterkonzert. — Brunn: 15: Orchesterkonzert. 18:35: Deutsche Sendung: Dr. Reichsch: Volksbildung und Bevölkerungspolitik. 19:30: „Die Einführung aus dem Serail“, Oper von Mojart. — Währ.-Ost: 12:35: Orchesterkonzert. 16: Hörsendungen. — Berlin: 19:10: Auf volkstümlichen Instrumenten. 20:30: Sinfoniekonzert. — Leipzig: 20: Aus Amerika. — München: 19:30: Militärmusik. 21:25: Mäherkammermusik. 19:45: Karl Kraus liest.

Die Rundfunkhörszahl in der Tschechoslowakei. In der Tschechoslowakei wurden zuletzt 341.432 zahlende Rundfunkhörer gezählt. Dazu kommen 2308 von der Konzessionsgebühr befreite Teilnehmer, so daß die Gesamtzahl 343.740 beträgt.

Vier Revolverhölzer aus Kottbuck. Vor einiger Zeit hatte die 33jährige Franziska Dwojacek aus Gorkau mit ihren drei Kindern ihren Gatten, einen Bergarbeiter, verlassen und lebte selber mit dem Oekonomiebeamt Paul Trojan im Konklubinat. Dwojacek, der die Zerstückung seines Familienglücks nicht überwinden konnte, drang, mit einem Hammer bewaffnet, in die Wohnung Trojans ein, wurde jedoch von diesem angehalten und durch vier Revolverhölzer schwer verletzt. Trojan stellte sich selbst der Gendarmerie, wurde jedoch auf Grund der Zeugenaussagen der Frau und der Kinder, die bei dem blutigen Vorfall anwesend waren, auf freiem Fuß belassen.

Liebesdrama. Am vergangenen Sonntag wurde der 33jährige Bergarbeiter Etkwan aus Berggrün mit einer schweren Schädelverletzung im Unterleib in das Krankenhaus eingeliefert. Seine Geliebte, die 19jährige Fabrikarbeiterin Getrud Berner, gab an, daß Etkwan während eines gemeinsamen Spazierganges von einem unbekanntem Mann angefallen wurde, der ihn mit dem Rufe „Geld oder Leben“ niederschickte. Der Verletzte konnte erst Mittwoch früh vorgenommen werden. Er lagte aus, seine Geliebte habe ihn zur Deit gebrängt, doch habe er sie infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf spätere Zeit betäubt. Hierbei sei es zu einer erotischen Kusinbesprechung gekommen, in deren Verlauf das Mädchen einen Revolver zog und einen Schuß gegen ihn abfeuerte. Fast zur gleichen Zeit, als Etkwan diese Aussagen machte, trat aus Berggrün die Nachricht ein, daß sich seine Geliebte durch einen Revolverhieb in den Kopf selbst getötet habe.

Ein „Zaubersee“. In diesen Tagen hatten sich im See von Seprignano die eigenartigen Naturphänomene, die bereits im Frühjahr dieses Jahres großes Aufsehen erregten, in neuen Formen bemerkbar gemacht. Mehrmals am Tage verschwindet das Wasser völlig aus dem Seebecken, um dann wieder unter dumpfem unterirdischen Brausen und leichten lokalen Erdstößen zurückzulehren. Der wirbelartigen Rückkehr des Wassers geht dicke Nebelbildung voraus.

Ein dreitägiger Sportzug ins Riesengebirge. Die Staatsbahndirektion Prag-Tab bereitet für den 6. bis 8. Dezember d. J. einen Sportzug ins Riesengebirge vor. Nähere Informationen werden rechtzeitig noch in der Tagespresse erscheinen.

Sturm droht das Haus Clémenceaus. Bereits vor zwei Tagen wütete über Frankreich, insbesondere über dem westlichen Teil, und den Atlantischen Ozean ein heftiger Sturmwind, der große Schäden verursachte. Mehrere Dampfer mußten wegen Beschädigungen in die Häfen zurückkehren. Das Haus Clémenceaus an der Küste der Vendée, in welchem Clémenceaus lange gelebt hatte und das zu einem historischen Denkmal erhoben wurde, befindet sich abermals in erster Gefahr, vom Sturmwind und den Meereswogen weggerissen zu werden. Der Bezirksverband beschloß, in aller Eile Sicherungsarbeiten durchzuführen.

Defensivschutz in der Schule. In einem Klassenzimmer in der Bismarck-Schule zu Schneidemühl löste sich während der Unterrichtszeit ein Stück der Zimmerdecke in einem Ausmaß von fünf Quadratmetern und stürzte herab. Sechs Schüler erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Im Schulhaus brach eine Panik aus.

Sensationaler Buchverkauf. Ein Londoner Buchhändler hat an einen unbekanntem Käufer ein Exemplar der von Johann Gutenberg im Jahre 1455 in Mainz gedruckten Bibel verkauft, von der in der ganzen Welt nur etwa 40 Exemplare vorhanden sind. Verkaufspreis: eine halbe Million Mark.

Strassenbahnunglück: 9 Verletzte. In Gelsenau bei Dresden wurden bei einem Zusammenstoß von zwei Strassenbahnzügen der Führer eines Zuges und 8 Fahrgäste zum Teil schwer verletzt.

Wannet bereiten eine Zwangsversteigerung. In der letzten Zeit wurden in Ostpreußen in öffentlicher Auktion einige überschuldete Grundbesitzer geäußt. Käufer waren größtenteils Geldinstitute, die auf den Festzinsen Hypotheken hatten. Witwood wurde eine Zwangsversteigerung im Gebiet von Stettin verhindert. Am Tag der Versteigerung war am Hauptgebäude des Gutes eine schwarze Fahne gehißt und aus der ganzen Umgebung kamen die Bauern insomnem, um der Versteigerung beizuwohnen und sie zu verhindern. So sie dabei eine drohende Haltung gegen die Auktionäre einnahmen, wurde von der Versteigerung Abstand genommen. Die Bauern langen hierauf das Teufelschloß und verstreuten sich in Ruhe.

### Emil Gunkel

Heute findet in Teplitz das Begräbnis des Sekretärs des Verbandes der Glas- und Keramiker, Genossen Emil Gunkel, statt, der in der Nacht von Montag auf Dienstag an einem Herzschlag plötzlich verschieden ist. Unpflöglich trat der Tod in das Leben eines überzeugten Klassenkämpfers. Bis zur letzten Stunde noch war er für seine Glasarbeiter rastlos tätig, nahm teil an den dringenden wirtschaftlichen Fragen unserer Klasse, der Partei und der Gewerkschaft. Hunderte Glasarbeiter und Sozialdemokraten, unglaubliche Freunde und Kameraden des Verstorbenen aus dem ganzen nordwestböhmischen Industriegebiet werden erschüttert aufstehen: Wieder schied ein Kämpfer dahin, mit dem sie viele Jahre gemeinsam stritten, gemeinsam wirkten und schafften, mit dem sie das beglückende Bewußtsein verband, einer großen unsterblichen Idee zu dienen.

Emil Gunkel wurde im Jahre 1878 als Sohn eines Glasmachers in Breitenborn (Bezirk Rassel) geboren. Er fühlte sich zum Beruf seines Vaters hingezogen und erlernte ebenfalls die schwere, verantwortungsvolle und gesundheitschädliche Glasmacherei. Im Jahre 1879 kamen die Eltern Gunkels nach Reusattel in Westböhmen. Unser Emil ging hier in die Lehre. Nach der Ausleihe wurde er Mitglied des Fachverbandes der Glasarbeiter und bekleidete schon nach kurzer Zeit wichtige Funktionen. 1911 wurde Gunkel vom Verband in die Kontrollkommission der Glasarbeitergewerkschaft gewählt, deren Vorsitzende er wurde und bis zum Kriegsausbruch verblieb. Im Krieg fand er als reichsdeutscher Soldat an der Westfront.

Schon im Jahre 1900 war Gunkel nach Kleinanpitz gekommen, wo er in der Pischmannhütte arbeitete. Als 1911 der Zentralverband der Glasarbeiter einen Vertretermann der Glasmacher im nordwestböhmischen Gebiet benötigte, war es ihm selbstverständlich, mit dieser Aufgabe unseren wohl selbstverständlich, mit dieser Aufgabe unseren Genossen Gunkel zu betrauen. In dieser besonders verantwortungsvollen Stellung führte Gunkel schwere Kämpfe und wurde den ringenden und schaffenden Glasarbeitern ein bereiter und treuer Anwalt ihrer Forderungen.

Unser Freund hat aber auch in der Gesamtbewegung der freien Gewerkschaften mitgeholfen und war etwa zehn Jahre Mitglied der Kreisgewerkschaftskommission. Die Lokalorganisation in Teplitz entsandte ihn 1927 in die Stadtvertretung. 1930 wurde Emil Gunkel Lokalvertrauensmann von Teplitz-Schönan, der größten Parteiorganisation des Teplitzer Bezirkes. In dieser Eigenschaft war er tätig und hingebungsvoll bemüht, unsere Bewegung aufzubauen, ja er half selbst mit, durch Kleinarbeit und Agitation die politische Kampfstellung der Sozialdemokratie zu härten.

Ein treuer Funktionär der Glasarbeitergewerkschaft, ein braver Soldat der Partei und ein lieber und guter, ein allzeit hilfsbereiter und freundlicher Mensch ist nicht mehr. Mit seiner so schwer heimgeführten Familie, mit den Arbeitern aus der Glas- und Keramikindustrie, die von einem ihrer Besten Abschied nehmen, trauert die Partei um Emil Gunkel, der bis zum letzten Atemzuge ein Kämpfer für eine bessere und schönere Zukunft der Arbeiterklasse war.

### Gerichtssaal Die falschen Zeugen.

Prag, 11. November. Binnen fünf Tagen gab es drei Strafverhandlungen wegen Zeugenbeeinflussung bzw. falscher Zeugenaussage. Da sämtliche Gerichte betriebslos sind, wird ein Hinweis auf die zunehmende Gottlosigkeit zu beanstanden. Man mag sich wundern, daß diese Fälle durchwegs in frommen Kreisen spielen und in jenen feindsüchtigen Kreisen, die zur Kirche weit näher haben als zur antireligiösen Propaganda. Die Mittel der Zeugenbeeinflussung sind natürlich verschieden: hier zehn bis zwanzig Kronen, dort Raub von Schulden und sonstige Gefälligkeiten. In vorliegendem Fall, der heute vor dem Senat des OLG. I. stattgefunden wurde, vor dem Senat des OLG. I. trotz verhandelt wurde, hatte der Ankläger freilich beträchtliche Verführungsfähigkeit nicht nötig. Er wollte sich für einen verlorenen Ehrenbeleidigungsprozeß durch eine neue Klage rächen und brachte Zeugen davor, daß ihn die Gegenpartei der „Huzerei“ befehle, was freilich niemals tatsächlich geschah. Er kommandierte also seine Schwägerin unter Berufung auf ihre „Pflicht“ als Verwandte dazu, etwas auszusagen, was sie im Leben gehört hatte. Als zweite Zeugin wurde die Hausgehilfin herangezogen und hier wurde die Sache noch einfacher: der brave Dienstherr drohte ihr einfach mit dem Hinrichtungsbeil, wenn sie nicht so aussagen würde, wie er es wünschete. Und tatsächlich gingen beide Frauen, aber ihr schlechtes Gewissen brachte bei der Konfrontation mit dem Beschuldigten die Sache zutage und alle drei auf dem Anklagebank wegen des Verbrechens der falschen Zeugenaussage vor Gericht bzw. der Verletzung dazu.

Bei der hiesigen Verhandlung weinten die Frauen, während der Hauptverhandlung antwortlich erklärte, „keine Beurteilung anzunehmen“ und auch sonst recht selbstbewußt auftrat. Er hatte wenig Ursache dazu. Das Urteil lautete für ihn auf vier Monate Kerker und bedingt, während die geschädigten Frauen mit drei Monaten bedingt davonkamen. Er blieb dabei, das Urteil nicht anzunehmen, wollte aber

### „Der Kongreß tanzt“. Historische Filmrevue.

Es war zu erwarten, daß der tendenziöse Mißbrauch der Geschichte, den die Usa im „Hilfenferner von Sankt Louis“ und nordem wie nachher ad majorem gloriam des preußischen Patriotismus und Monarchismus getrieben hat, in dem Kongreß-Film weniger stark anfliegen würde. Wo es um nichtpreußische Potentaten, Generale und Diploma-



Willy Fritsch (Bar).

ten geht, hat die preußische Geschichtsklitterung immer den Rat zur Wahrheit gefunden, den sie der eigenen Geschichte gegenüber nie befehlen hat. Bei dem Kongreß-Film kommt aber dazu, daß er, von dem Heer der Mitarbeiter abgesehen, doch das Werk eines Mannes ist, der zur Geschichte überhaupt nur das Verhältnis eines Garderobemachers zu seinem Fundus hat. Erich Charell ist weit davon entfernt die Geschichte so ernst zu nehmen wie seine Kollegen, die das „Hilfenferner“ geschaffen haben. Charell, der Modetage für die großen Berliner Neuen, der im „Weißen Rüssel“ den feinsten und darum erfolgreichsten Revuezeichner der vorigen

nebenbei, eigentlich nur als Anlaß und Hintergrund der Liebesgeschichte in den Film einbezogen. Weder mit den historischen Charakteren, noch mit den historischen Daten nimmt Charell es genau. Die Plüsch Napoleons aus Elba fällt in den März 1815; der Film verlegt sie in den Apriligen Wiener Frühling; sie müßte also Ende Mai zu datieren sein; die Ankunft der Monarchen, die tatsächlich den ganzen Winter 1814/15 in Wien verbracht haben, — dieser Winter mit seiner Ballsaison war auch die glanzvolle Kongreßzeit — wird ebenfalls in den Frühling 1815 verlegt. Metternich erscheint nicht als der kühl berechnende Staatsmann, das Urbild steifer Würde und zugleich biogamer Eleganz, sondern eher als ein pathologischer Verschwörer, der Jar wird als verliebter Schwärmer gezeichnet, als prächtiger Naturbursche, obwohl er nicht als ein krankhaft eifriger und ehrgeiziger, ganz unerschütterter ewig länderhungriger und goldendurchfreilich in allerhand Amouren verstrickter Despot im Stil des 18. Jahrhunderts war.

Das lose Gerüst einer Handlung besteht in dem Revue-Film nur darin, daß Metternich in steter Sorge vor dem Jaren diesen vom Kongreß fernhalten will. Ihn daher in Liebesleiden verwickeln möchte, ohne sein Ziel zu erreichen. Denn der Jar, ein rechtes Schlauchwerk von einem forschenden Monarchen verheißt es, zugleich schöne Frauen zu lieben und auf dem Kongreß die Krone Metternichs zu durchkreuzen. Im Mittelpunkt steht aber eine Wiener Handwehlerin, in die sich der Jar verliebt, der er — in allen jüngerlichen Ehren, das verheißt sich doch bei dem Respekt, den die Usa vor Monarchen und vor der Moral des erwachenden Deutschland hat — Wils und Wogen schenkt und die er endlich unberührt und, da es eben zu seiner Erziehung aus den brünstigen Schanzkämern der fieschen Wienin genommen ist, in geister Reue dem alten Liebhaber zurückgibt, welcher selber als wenig glaubhafter Geheimsekretär Metternichs in die historische Nebenhandlung eingebettet wird.

Das ergibt aber alles in allem eine so spärliche Handlung, daß der Film unbedeutlich wäre, lägen nicht seine Stärke und sein Reiz in der Bildwirkung. Trappenaufzüge, der Eingang des Jaren, eine ganz entzückende, fast zum Raufschrei gereizte Fahrt in den Wiener Frühling, das geschlossenste Revuebild des ganzen Films, heurigen Stimmung, ein Ball, ein Ballet in der Oper, ein Tête à tête, das Schlafzimmer Metternichs und ein mit primitiver Phantasie erdachtes Jeniakabinett, das sind so die Schöner dieser Revue. Nicht zu vergessen endlich die malerischen Ausschnitte in spizenbesetzte Dessous, die des historisch erfakten Zerappels wegen dem Zuschauer eröffnet werden, die intime Toilette der Lilian Harvey und eine raffiniert gedrehte Szene, in der jeden Moment die

mit einer fabelhaften Symbolkraft offenbart. Daß es bei der Monarchie auf den Papst ankommt, auf die Papstwahl, die den neuen Christus und Respekt einflößt, das Wanne wirksamer kann gezeigt werden.

Die Besetzung des Films ist nicht glücklich. Conrad Veidt spielt den Metternich, wie schon demerkt, als psychologisch interessanter Fall, einen Schleiher und Genieser, ohne Größe und Schrecken. Willy Fritsch ist allerdings in seiner Doppelrolle in großer Form, ein Jar Alexander, nicht wie er war, wohl aber so, wie die Autoren des Films



Lilian Harvey.

sich ihn dachten: Beschaf und Schwermüder; daß er mehr kann und Talent zum Parodistischen hat, beweist er in der Doppelgänger-Figur. Lilian Harvey ist alles nur kein Wiener Model der Kongreßzeit; eine geschwulstige und weinerliche Dame, die beinahe das Gegenteil des Typs sein könnte, den sie verkörpern soll. Auch ihr Vep ist nicht wienerisch. Gut sind die Episoden- und Chansonrollen besetzt: Görzig, Walburg, Sandro, Kupfer.

Die Musik ist dürrig ausgefallen. Wenn man sich schon aus fremden Schätzen bedient, dann sollte man es gründlicher tun. Warum keine größere An-



Entscheidung hat, sieht die Geschichte als einen riesigen Kostümschrank an, dessen Schätze Stoff für unzählige Revuebilder ergeben. Von Geschichte ist darum in diesem Film nicht viel übrig geblieben. Der Kongreß selbst, der vor nun 116 Jahren über das Schicksal Europas entschieden hat, wird als historisches Ereignis ganz

Entwählung der letzten Reize droht. Einen Einfall hatten die Erzeuger des Films, der einen größeren Rahmen verdienen, weil er geradezu offenbachisch ist: sie lassen dem Jaren einen Doppelgänger folgen, einen Trottel, der bei Coalitionen und anderen öffentlichen Anlässen die Majestät vertritt. Hier wird die ganze Lächerlichkeit der Institution

leibe bei Schubert, Strauß, Lanner und anderen aufgenommen wurde, ist nicht ersichtlich.

Man erwarte sich nicht zu viel von dem Film: er ist nur eine Revue, die in Stimmungsbildern schwelgt. Man nehme ihn aber um Gotteswillen auch nicht tragisch; er ist so wenig ernst zu nehmen, wie er selbst die Geschichte ernst nimmt! Dr. E. P.

### Gegen Rote der Hände

und des Gefährs sowie unshöne Hautfarbe verwendet man am besten die lichte weiße **Cremo Lector**, die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die Blässe und gelbliche Färbung tritt besonders in Erkennung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte hart geblut sind. Auch bei heißer und ausbrechender Haut leidet die Creme, insbesondere aber bei dem so häufigen Juckreiz der Haut, vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in härterer Schicht. — Für Herren genügt eine wenigstens der Creme auf die Haut getrieben zur Erhöhung der Schweißdrüse der Kollaterale. — Preis der Tube 6 K. und 8 K. Wirksam unterstützt durch Leodor-Crem, Seife, Seife 6 K. — In allen Chloroform-Verkaufsstellen zu haben.

andererseits auch kein Rechtsmittel einlegen. „Das braucht nicht — ich nehme einfach nicht an.“ Da diese bequeme Methode des Rechtsvollzugs bei uns noch nicht eingeführt ist, bequeme er sich nur zur Anmeldung der Richtigkeit der Beschwerde, denn sonst hätte man ihn auf der Stelle zum Strafantritt abgeführt. rh.

### Allgütige Reportage und eine noble Presse.

Prag, 11. November. Wir haben seinerzeit berichtet, daß fünf Arbeiter dadurch um Stellung und Brot kamen, daß ein Großteil der hiesigen Presse auf Grund irgendeiner „Information“ aus fragwürdiger Quelle sie als die Täter des ver such-

ten Attentates auf den Reichsberger Schnellzug im Fieber d. B. mit vollen Namen und Adresse aufzählte. Zum Teil geschah das in großer Aufmachung. Die Geschädigten forderten im Wege der Postfahrgabe außer dem Widerstand noch eine Geldentschädigung von den Redaktionen, und zwar pro Mann je 500 K., wobei zu bemerken ist, daß manche von ihnen selber keinen Posten gefunden haben und nicht wissen, wonnit sie ihre Familien erhalten sollen. Von der ersten Ausgleichsmaßnahme haben wir berichtet. Ein Teil der Blätter hat diese Sache seitdem in gütlichem Wege durch Ehrenklärung und Vergütung der Ruhe aus der Welt geschafft.

Deute folgte diesem Beispiel, freilich nach langem Handeln und Verhandeln die gewerkschaftliche „Reforma“ wußt ihrem „Nobyl Bedernit“. Es kam freilich nur zu einem bedingten Vergleich „vorbehaltlich der Genehmigung des Verlegers“. Nun bleiben jene Blätter übrig, die erklärt haben, grundsätzlich einer solchen „Vereinerung“ der durch ihre Mißhandlung betroffenen nichts beizutragen. Natürlich sind vor es allem jene, die das ominöse „Parodni“ im Titel tragen, das Wapen der Nationalisten. Also „Parod“, „Parodni Politika“ und „Parodni List“ und es verheißt sich von selbst, daß in solcher Gesellschaft der agrarische „Denlaw“ mit seinem berüchtigten „Veder“ nicht fehlen darf. Daß die Fortführung eines Prozesses, über dessen Aussichten wir uns aus gesetzlichen Gründen nicht äußern können, an Ge-

richtslosen und Advokatenbesetzen allein weit mehr kosten dürfte, als die nutzlose Abfindung der notleidenden „Vollgenossen“ erfordert hätte, spielt offenbar keine Rolle. Es geht ja gegen Arbeiter!

### Endstufen.

Der Erlanger Universitätsprofessor G. Ewald hat in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ vom 16. September eine tief-schürfende Abhandlung über „Die Begrenzung der Begriffe „Sadismus“ und „Masochismus““ verbrochen, in der er unter anderem den Franzosen eins um die Ohren schlägt:

„Die Franzosen verhalten sich uns gegenüber so grausam, wie man es eigentlich nur von einem Sadisten gewohnt ist; deshalb nennen wir sie wohl auch Sadisten. Ihre Motive aber sind etwa Herrschsucht, Macht und eine groteske Angst, vermurzelt in dem uneligen-gestandenen Bewußtsein, uns gegenüber die einfachsten unmenschlichen, ethischen Normen ver-gessen zu haben; mit jenseitiger Verwerfung hat das aber nichts zu tun.“

Und so etwas lehrt an einer deutschen Hochschule Medizin! Kein Wunder, wenn dann ein Teil der akademischen Jugend allmählich zum Tollhaus neigt.

